Bezugs-Preis

für Leipzig und Vororte durch unsere Träger und Spediteure ins Haus gebracht: Ausgabe A (nur morgens) vierteljährlich 3 M., monatlich 1 M.; Ausgabe B (morgens und abends) vierteljährlich 4.50 M., monatlich 1.50 M. Durch die Post bezogen (2 mal täglich) innerhalb Deutschlands und der deutschen Kolonien vierteljährlich 3 M., monatlich 1 M. ausschl. Postbestellgeld, für Oesterreich-Ungarn vierteljährlich 5 K 45 h.

Abonnement-Annahme: Augustusplatz 8, bei unseren Trägern, Filialen, Spediteuren und Annahmestellen, sowie Postämtern und Briefträgern.

Die einzelne Nummer kostet 10 Pfg.

Redaktion und Expedition: Johannisgasse 8. Telephon Nr. 153, Nr. 222, Nr. 1173.

Berliner Redaktions-Bureau: Berlin NW. 7, Prinz Louis Ferdinand-Straße 1. Telephon I, Nr. 9275.

Morgen-Ausgabe B.

Leipziger Tageblatt
und
Handelszeitung.

Amtsblatt des Rates und des Polizeiamtes der Stadt Leipzig.

Anzeigen-Preis

für Inserate aus Leipzig u. Umgebung die 6gespaltene Petitzeile 25 Pf., finanzielle Anzeigen 30 Pf., Reklamen 75 Pf.; von auswärts 30 Pf., Reklamen 1 M.; vom Ausland 50 Pf., finanz. Anzeigen 75 Pf., Reklamen 1.50 M.

Inserate v. Behörden im amtlichen Teil 40 Pf. Beilagegebühr 4 M. p. Tausend exkl. Postgebühr. Geschäftsanzeigen an bevorzugter Stelle im Preise erhöht. Rabatt nach Tarif. Festerteilte Aufträge können nicht zurückgezogen werden. Für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird keine Garantie übernommen.

Anzeigen-Annahme: Augustusplatz 8, bei sämtlichen Filialen u. allen Annoncen-Expeditionen des In- und Auslandes.

Haupt-Filiale Berlin: Carl Duncker, Herzgl. Bayr. Hofbuchhandlung, Lützowstraße 10 (Tel. VI, 4603).

Nr. 99. Mittwoch 10. April 1907. 101. Jahrgang.

Das Wichtigste vom Tage.

* Heute vormittag ½11 Uhr wird in Gegenwart des Königs Friedrich August das Königliche Lehrerseminar an der Aeußeren Elisenstraße in Leipzig eingeweiht.

* Am heutigen Tage nimmt der Reichstag seine Verhandlungen nach den Osterferien wieder auf, ebenso das Preußische Abgeordnetenhaus. Im Reichstag beginnt die zweite Lesung des Etats beim Reichsamt des Innern, im Abgeordnetenhaus wird die Beratung des Kultusetats (Universitäten) fortgesetzt.

* Gestern fanden in Berlin die Verhandlungen der 33. Vollversammlung des Deutschen Handelstages statt. (S. Dtschs. R.)

* Reichskanzler Fürst Bülow trat gestern von Rapallo seine Rückreise nach Berlin an.

* Der Berliner Botschafter der Union, Tower, hat auf einem Festmahl in New York eine sehr deutschfreundliche Rede gehalten. (S. d. bes. Art.)

* Die Monarchenbegegnung in Cartagena wird allgemein als das Symbol eines engen Anschlusses Spaniens an die entente cordiale der Westmächte aufgefaßt. (S. d. bes. Art.)

* Die Reichsduma beschloß mit allen Stimmen gegen die Stimmen der Sozialdemokraten und der Sozialrevolutionäre, das Budget der Budgetkommission zu überweisen.

* Gestern wurde in der Karl Tauchnitz-Straße eine Frau von einem Automobil überfahren. Sie starb auf dem Transport nach dem Krankenhause. (S. Leipz. Ang.)

Der Herr Präzeptor der sächsischen Konservativen.

Man durfte, wie wir schon in unserem Sonntag-Leitartikel über die Vorgänge im Dresdner konservativen Verein andeuteten, darauf gespannt sein, wie das Urteil in der konservativen Presse ausfallen werde. Abgesehen von einem Leitartikel der „Dresdner Nachrichten", der sich im großen und ganzen zu dem Beutlerschen Programm freundlich, aber sehr vorsichtig, stellt, haben sich bemerkenswerte Stimmen aus den sächsisch-konservativen Parteikreisen, so weit wir urteilen können, nicht vernehmen lassen. Dagegen erhebt jetzt von der Spree her, mit gerunzelter Stirn, der bekannte agrarisch-konservative Praezeptor der sächsischen Konservativen seine vollständige Stimme und diese verspätete Osterzensur, die Dr. Oertel in der „Deutschen Tageszeitung" in einer Ausdehnung von drei Zeitungsspalten den Dresdner Verhandlungen zu teil werden läßt, verrät nur allzu deutlich die tiefe Mißstimmung, die man von agrarisch-konservativer Seite über den Vorstoß des Dresdner Oberbürgermeisters und seiner Freunde empfindet.

Zunächst hat er den Konservativen vom Schlage des Dr. Oertel damit in das Fettnäpfchen getreten, daß er es gewagt hat, von einer Bedeutung der Börse für die Landwirtschaft zu reden und Entgegenkommen gegen die von der Regierung in Aussicht gestellte Börsenreform zu zeigen. Von oben herab versichert der Herr Präzeptor, daß sich wohl Dr. Beutler „nicht besonders eingehend mit der Angelegenheit befaßt habe" und stellt dann in üblicher agrarischer Grobheit die Norm auf, daß man nicht gesonnen sein werde, „die berechtigten Interessen aller ehrlichen Arbeit, insbesondere die der Landwirtschaft, denen der Börse zu opfern". Dieses war der erste Streich — doch der andere folgt sogleich.

Die Forderung Dr. Beutlers, die darauf hinausläuft, man solle für Gewerbe, Handel und Industrie von konservativer Seite aus ebenso sorgen, wie für die Landwirtschaft, „können wir", sagt der Präzeptor, „nicht für besonders zweckmäßig erachten". Und nun folgt das alte Glaubensbekenntnis der Konservativen, gegen das Dr. Beutler gesündigt hat, daß nämlich die Grundlage eines gesunden Wirtschaftslebens in Deutschland immer nur die Landwirtschaft bleiben wird. Darum rede man mit Recht von einem Erstgeburtsrecht der Landwirtschaft. Mit anderen Worten: es soll wie bei einem Fideikommiß so sein, daß nur für den, der das Erstgeburtsrecht besitzt, ausreichend gesorgt wird — die anderen werden mit dem, was sonst noch da ist, und den Interessen des Erstgeborenen nicht widerspricht, bedacht. Darnach hat man ja auch in Preußen-Deutschland fast immer die Wirtschaftspolitik zu gunsten der „erstgeborenen" Landwirtschaft gepflegt, und es heißt, das Wesen der konservativen Partei nach ihrer historischen Entwickelung falsch beurteilen, wenn man meint, sie werde sich jemals in beachtenswerter Weise zu einer Wirtschaftspolitik bekennen, die Handel, Gewerbe und Industrie der Landwirtschaft an Wert gleich stellt. Man kann es darum Dr. Oertel von seinem Standpunkt aus nachfühlen, daß er Dr. Beutlers Forderungen für „unzweckmäßig" erachtet. Er fühlt instinktiv, daß von dem Beutlerschen Standpunkt aus, so wenig dieser agrarfeindlich ist, Konsequenzen gezogen werden könnten, die das ganze Kartenhaus der konservativen Wirtschaftsanschauung umwerfen. Darum denkt er „— Prinzipiis obsta" — und er wird damit den Sieg behalten. Oertels Anhänger unter den sächsischen Konservativen sind zahlreich, sind stärker als die „städtischen Konservativen", die sich allenfalls für Dr. Beutlers Gedanken gewinnen lassen. Der Bund der Landwirte hat dafür gesorgt, daß die konservative Partei agrarisch bleibt.

Aber Dr. Oertel schreibt noch mehr. Er ist ja nicht nur der Präzeptor der sächsischen Konservativen. Auch die sächsische Regierung rechnet er zu seinem Ressort, dieweil sie nicht anders sein soll, als wie es der agrarische Konservativismus will. Da ist es ihm denn durchaus anstößig, daß ein königlich sächsischer Regierungsbeamter davon gesprochen hat, das Autoritätsprinzip reiche heute nicht mehr aus, den Staat zu erhalten, es gelte, an seine Stelle die bewußte Mitverantwortlichkeit, das eigentliche Bürgerbewußtsein zu setzen. Und Herr von Nostitz-Wallwitz muß sich darum von Dr. Oertel belehren lassen, daß er besser getan hätte, seinen Satz anders abzutönen, so daß die erste Pflicht der Königstreue und des Vaterlandsgefühles dadurch nicht zurückgesetzt erscheinen können! Eine köstliche Belehrung aus agrarischem Mund angesichts der demagogischen Agitation, die der Bund der Landwirte einst gegen die Caprivischen Handelsverträge trieb, die der Kaiser als „rettende Tat" bezeichnet hatte.

Daß Herr von Nostitz-Wallwitz nicht daran denkt, die Pflicht der Königstreue geringer einzuschätzen als die agrarischen Konservativen, versteht sich von selbst. Er hat aber glücklicherweise gelernt, daß mit dem Wahlrecht das Pflichtgefühl der Mitverantwortlichkeit, das Bürgerbewußtsein gefordert und anerzogen werden müsse. Und wenn die agrarischen Konservativen diese Pflicht schon zu ihrem eigenen Nutzen zu erfüllen verstehen, so ist es um so notwendiger, daß auch die übrigen Bevölkerungsschichten immer mehr zu dieser Mitverantwortlichkeit an der Führung der politischen Geschäfte herangebildet werden. Denn werden sie freilich erkennen, daß das Wohl des Staates durchaus nicht immer identisch ist mit der Erfüllung der bündlerischen Wünsche, die man ihnen so gern als „nationale Forderungen" präsentiert. Und vor dieser Volkserziehung mag den agrarischen Konservativen bange sein.

Zum Schluß wird dann auch noch der Herr Amtshauptmann von Nostitz-Drzewiecki einer Kritik unterzogen, weil er das bestehende Wahlrecht zur Zweiten Kammer scharf kritisiert und gefordert hat, daß bei der Wahlreform die Grenzen des Wahlrechtes so weit wie möglich zu ziehen seien. Es wird dem Amtshauptmann, dem Dr. Oertel gütig die Zensur erteilt, daß er ein tüchtiger und trefflicher Beamter sei, vorgeworfen, daß er damit ein Wahlrecht kritisiere, das seine früheren und jetzigen Vorgesetzten (!!) eingebracht und gegen ähnliche Vorwürfe, wie er sie erhob, bisher verteidigt hätten! Welche feine Manier, einen Beamten anzuschwärzen! Wirklich — unsere agrarischen Konservativen verstehen es meisterhaft, mit dem Autoritätsbegriff zu spielen, wenn es ihnen paßt; während man noch nie gehört hat, daß sie Beamte rüffelten, wenn diese vom agrarischen Standpunkte aus gegen Maßnahmen und Gesetze der Regierung Front machten, wie dies in so reichem Maße bei der preußischen Kanalaffäre geschehen ist. Hier steckt im Hintergrund der ganze bittere Groll gegen die kommende Wahlrechtsänderung, gegen die man sich nur nicht offen auszusprechen wagt, deren Notwendigkeit man darum mit zahmen Worten zwar zugibt, die man aber so engherzig wie möglich gestaltet sehen möchte. Deswegen wird Dr. Oertel auch nur an einer Stelle seines Artikels zu einem günstigen Zensor. Dort, wo er den konservativen Abg. Ulrich über den Schellenkönig lobt, weil er gefordert hat, die Wahlreform müsse den Unterschied zwischen ländlichen und städtischen Wahlkreisen unbedingt beibehalten.

Der ganze Artikel der „Deutschen Tageszeitung" würde ja nicht von solcher Bedeutung sein, wenn man annehmen könnte, er habe nur die Bedeutung einer privaten Stilübung. Dr. Oertel weiß vielmehr sehr wohl, wieviel sein Wort unter den agrarischen Konservativen in Sachsen gilt. Er tritt nicht ganz mit Unrecht wie ein Präzeptor der sächsischen Konservativen auf. Hinter ihm stehen die Bataillone des Bundes der Landwirte. Hinter ihm steht die historische Entwicklung der konservativen Partei zu einer wesentlich agrarischen Partei mit politisch reaktionären Begriffen. Darum ist die nachträgliche Osterzensur, die dieser Präzeptor hier den Beutlerschen Gedanken und den Vorgängen in der Dresdner konservativen Versammlung erteilt hat, von parteipolitischer Bedeutung.

Diese Zensur aber sieht nicht darnach aus, daß nach ihr die Beutlerschen Reformvorschläge unbeanstandet in das konservative Parteiprogramm „versetzt" werden können.

Cartagena.

Vor einigen Jahren erdreisteten sich die unverantwortlichsten unter Englands „Gelben", deutschen Panzern in einem englischen Kriegshafen als Hauptzweck ihres Besuches Spionageobjekten unterzuschieben. Wollten wir mit gleicher Münze heimzahlen, so böte uns das Erscheinen englischer Kriegsschiffe im Hafen von Cartagena Anlaß. Erzählen doch jene Schwarzseher — welche in dem ewigen Sonnenlande ihres Carlos primero, der bei uns der Fünfte heißt, wie die Pilze aufwuchern, seit es in Spanien wieder Abend wird — erzählen sie uns doch, daß auf Albions Wunschzettel neben Julius Cäsars erster Eroberung Coruña und neben dem Balearenhafen, der nach Hannibals jüngstem Bruder benannt ist, auch des Barciden-Schwiegersohns glänzende Gründung Neu-Karthago stehe! Mit Coruña im Westen, Port Mahon im Norden, Cartagena im Osten und Gibraltar im Süden würde allerdings die Pyrenäenhalbinsel „in einen Schraubstock eingepreßt" sein, um das schöne Bild des höhnenden Siegers von Paardeberg zu wiederholen!

Die Monarchenbegegnung von Cartagena drückt das Siegel auf die englisch-spanische Verbindung, die Frucht von Edwards VII. zähester Arbeit. Daß sie kommen würde, wußten wir seit Algeciras, wußten wir seit dem Ehebunde des jungen Herrschers mit der Battenbergerin. Nicht als ob sie überraschend gekommen wäre. Seit Silvela das Marokkoabkommen mit Frankreich 1902 aus Furcht vor Englands Stirnrunzeln unter den Tisch geworfen hatte, obwohl es Spanien so unendlich mehr bot als den mageren Knochen von 1904, der auf der Konferenz noch um eine kleine Zulage vermehrt wurde — seitdem hatten wir begriffen, daß die einst so stolze Großmacht widerstandslos an das Schlepptau der größeren gefesselt sei.

Nicht als ob nicht an den Ketten gezerrt würde. Als man am Jahresschluß in Paris die Zeit nicht erwarten konnte zu einer „aktiveren" Marokkopolitik, aber mit Spanien, als die militärischen Maßnahmen so eingerichtet waren, daß Spanien zuerst in die Tür eintreten sollte, da pochte das Herz der einst so tapferen Hidalgos doch hörbar. Es regnete Ministerkrisen: drei in einer Woche! Man kennt auf der pyrenäischen Halbinsel die sehnigen Arme der Mauren zu gut seit dem Tage von Alkasar, als in einer Viertelstunde die lusitanische Großmacht Dom Sebastians auf dem Schlachtfelde unterging. In der Karwoche ließ man dieselbe Frankreich allein machen und seinen Mauchamp rächen. Aber nun war's wieder nicht recht. Die Presse begann die Frage zu erörtern, ob Spanien wirklich Seite spinne bei seinem Zusammengehen mit den Westmächten als Westmacht — wie stolz das klingt!

Man hätte ein wenig früher nachdenken sollen. Spanien war trotz Untergang der Armada, trotz Verlust der Niederlande noch immer eine gefürchtete Macht in Europa. Sein unaufhaltsamer Rückgang datiert von dem Augenblick, da Kastilien den Bourbon auf den Thron der großen Habsburger kommen ließ, datiert von den Zeiten der Bourbonischen Familientraktate. Immer wieder mußte man die französische Rache halbpart bezahlen, holte man sich Trafalgars um Gallias schöner Augen willen. Man steckte jeden Fußtritt demütig ein. Auch die seltsame Ohrfeige, als Napoleon III. sich erfrechte, den Spaniern zu verbieten, sich nach Lust einen König zu holen und sei's aus dem Pfefferland. Spanien knuff und ließ Deutschland bei Wörth allein, das doch auch um Spaniens Unabhängigkeit sich schlug. Als der Yankee Spanien in Kuba brutalisierte, sah man sich verzweifelt nach Hilfe um: ob man damals darüber nachgedacht hat, daß alles vielleicht anders gekommen wäre, wenn man sich 1870 den Dank eines Volkes gesichert hätte, bei dem die Bundestreue niemals ein leerer Wahn werden wird?

Die Reue kommt jetzt zu spät. Sie wird auch heute übertönt durch den Lärm des Festtages von Cartagena. Spanien marschiert an Englands und Frankreich Seite. Ob das alliance heißt oder entente cordiale, ist unter Brüdern ganz egal. Spanien wird im Haag, wie in Algeciras Englands und Frankreichs Geschäfte machen. Es ist uns schon kundgetan, daß es allein mit Nordamerika, seinem jüngsten Widersacher, Englands Abrüstungsantrag unterstützt. Der Gedanke einer spanischen Abrüstung wirkt wahrhaft befreiend für die Welt. Wenn Spanien abrüstet, darf man endlich ruhig schlafen!

Gleichzeitig mit König Eduards Ankunft in Cartagena ist König Viktor in Athen eingetroffen. Das ist natürlich ein rares Spiel des Zufalls. Italien gehört ja dem Dreibunde an; freilich ist es daneben mit England verbündet. Als Deutschlands Verbündeter muß es gegen die Abrüstung stimmen, als Englands Bundesgenosse dafür. Dieses Dilemma bezeugt einen recht, recht tüchtigen Diplomaten. Es scheint, daß in Tittoni zu besitzen. Wir haben ja schon erfahren, daß Fürst Bülow von Italiens Haltung jetzt befriedigt ist, daß Berlin die heilloseste Entgleisung vergessen und vergeben hat, die durch die Entsendung des alter Franzosenfreundes Viconti nach Algeciras verbrochen war. Als jener Gewitterwirbel aufsprang und eine schwere Störung in der politischen Atmosphäre verkündigte, da hüllten wir uns fester in unseren warmen Mantel und lasen einige Wochen die italienischen Zeitungen nicht mehr. Darüber gingen uns die Nachrichten von dem schrecklichen Ausbruch des Vesuv so verspätet zu, daß ein Beileidstelegramm nicht mehr anging. Diesmal war keines Staubes Zerstreutheit daran Schuld gewesen.

Die Sonne Tittonis scheint heute wieder warm, und der Mantel des winterlichen Mißvergnügens ist abgelegt. Italien wird im Haag nicht für den Abrüstungsantrag stimmen, sondern ihn motiviert ablehnen, wie ein Parlement, das gerade keine Ministerkrisis brauchen kann.

Aber vielleicht wird Griechenland für die Abrüstung stimmen und Europa von der Furcht vor den Helden der thessalischen Schlachtfelder befreien. Auf alle Fälle kann heutzutage die Stellung zum Abrüstungsantrage als ein Schiboleth, als so eine Art politischen Barometers gelten. Es wird ganz interessant werden, wie Griechenland und die anderen Kleinen stimmen. Natürlich wäre es Verleumdung, König Viktors Visite dann mit solchen Betätigungen der nationalen Souveränität in irgend welche Verbindung zu bringen. Die Kleinen des Balkanlandes werden alle ganz unabhängig zu einer solchen Stellungnahme gelangen, die sie — zu rein gar nichts verpflichtet.

*

Den Besuch des englischen Königspaares in Cartagena bezeichnen die „Times" als zwar offiziell in der Form, dem Charakter nach aber handele es sich nur um eine Familienangelegenheit. Die „Times" unterlassen indessen bei der Besprechung des Besuches nicht, auf die Handelsbeziehungen und auf die ausgedehnte, nach dem Atlantischen Ozean und nach dem Mittelmeer blickende Seefront Spaniens hinzuweisen, die durchaus kein gleichgültiges Moment sei und ein gutes Einverständnis zwischen den beiden Ländern wünschenswert mache. Dieser Hinweis auf die beherrschende spanische Küste ist bemerkenswert und legt die Frage nahe, ob England während des amerikanisch-spanischen Krieges alles für die Vernichtung der spanischen Seemacht habe geschehen lassen, nur um an dem Wiederaufbau seiner Flotte teilzunehmen, oder ob es die spanischen Häfen als zu seiner Disposition stehend ansieht. Im übrigen konstatiert das Cityblatt: Wenn die Interessen Spaniens und Englands auch augenblicklich nicht solche sind, wie diejenigen, die die Truppen Wellingtons und Spaniens auf der Halbinsel zusammenführten, so sind sie doch so, daß ein Einverständnis gute Dienste leisten kann. Daß das Blatt diese Angelegenheit nicht unbenutzt läßt, um sich in der französisch-spanisch-englischen Abmachung zu sonnen, ist selbstverständlich. — „Pais", das Organ der spanischen Republikaner, warnt die Regierung dringend, sich in Cartagena auf keine Verpflichtungen einzulassen, die Spanien in kriegerische Verwickelungen ziehen könnten. Gerüchte seien verbreitet, daß eine Liga der Westmächte gegen Deutschland vorbereitet werde. Ein solches Abenteuer dürfe Spanien keineswegs mitmachen, sondern absolute Neutralität bewahren.

Deutschland und Amerika.

Ueber die schon kurz gemeldete Rede des amerikanischen Botschafters am deutschen Hofe, Charlemeyer Tower, bei einem Festessen der „Staatszeitung" in New York liegt jetzt ein ausführlicherer Bericht vor. Wir geben aus ihm folgende Einzelheiten. Der Botschafter führte aus:

Es bereitet mir außerordentliches Vergnügen, Ihnen zu erklären, daß, soweit die internationalen Beziehungen zwischen den Vereinigten Staaten und Deutschland in Frage kommen,

alles in bester Ordnung

ist. Unser Verkehr war zu keiner Zeit freundschaftlicher als heute. Wir sind nicht nur in vollständiger Harmonie in unseren Ansichten über die großen Zeitfragen, an welchen wir ein allgemeines Interesse haben, wie beispielsweise gleiche Handelsrechte und offene Tür in China, unsere Beziehungen sind glücklicherweise auch von solchem Charakter, daß unsere gegenseitige Herzlichkeit niemals die geringstzügige Ursache zur Beeinträchtigung unserer Freundschaft mit anderen Nationen bilden kann. Unsere wechselseitigen Interessen arbeiten für Frieden in der ganzen Welt.

Im Laufe meiner

Erfahrungen in Berlin,

welche sich über eine Periode von fast fünf Jahren erstrecken, habe ich andauerndes Wachstum des guten Willens zu einem besseren Verständnisse zwischen Deutschland und Amerika beobachten können. Was die Unterhandlungen zur Beilegung der Fragen, die den einen oder den anderen Teil betrafen, wesentlich erleichterte, davon hatten wir in letzter Zeit bezeichnende Beispiele; verschiedene Ursachen wirkten zusammen, um dieses Resultat herbeizuführen, darunter meiner Ansicht nach in erster Reihe der persönliche Einfluß unseres Präsidenten. Die wichtigste Transaktion, welche die amerikanische Regierung kürzlich mit Deutschland hatte, betrifft

unsere Handelsbeziehungen

mit dem Deutschen Reiche und die Schaffung einer Grundlage, auf der wir unseren Handelsverkehr in Zukunft fortsetzen sollen. Dies ist ein ernstes Problem, das für beide Teile beachtenswerte Gefahren in sich birgt. Da der Kongreß keine Schritte tat, die Neuregelung der Handelsbeziehungen zu Deutschland herbeizuführen, und die Zeitgrenze, welche Deutschland zur Anknüpfung von Unterhandlungen über diese Frage einräumte, bald erreicht war, lag vor einem Jahre die Befürchtung nahe, daß amerikanische Waren in Deutschland künftig nur nach den Bestimmungen des allgemeinen Zolltarifs eingeführt werden könnten und wir auf die früheren Privilegien verzichten müßten. Das war bei unserem riesigen, immer mehr zunehmenden Export nach Deutschland, der sich jährlich auf 325 bis 350 Millionen Dollars beziffert, von höchster Bedeutung, und im Hintergrunde lauerte die Gefahr eines Zollkrieges.

Ein Zollkrieg mit Deutschland

wäre eine gefährliche Sache. An diesem kritischen Wendepunkte im Anfang des vorigen Jahres entschloß sich die deutsche Regierung mit jenem liebenswürdigen Entgegenkommen, mit welchem sie alle internationalen Erörterungen mit uns behandelt, den Vereinigten Staaten ein wichtiges Zugeständnis zu machen, um uns mehr Zeit zu geben; die kommerziellen Fragen zu erwägen und ein Mißverständnis zwischen beiden Nationen zu vermeiden. Im Februar 1906 wurde dem Reichstag eine Gesetzesvorlage überreicht, welche bestimmte, daß die Zollsätze des Vertragstarifs auch auf amerikanische Exportartikel für weitere 16 Monate Anwendung finden sollten. Die Vorlage wurde angenommen. Unter den Bestimmungen dieses sogenannten Provisoriums vollzieht sich nunmehr unser Handel mit Deutschland. Dieses Provisorium bleibt in Kraft bis zum 30. Juni, dann erwartet Deutschland Antwort von uns, ob wir geneigt sind, neue Vereinbarungen zum Austausche unserer Handelserzeugnisse zu treffen.

Der deutsche Vorschlag

ist, in einfachste Form gekleidet, etwa folgender: Wir gewährleisten euch die Privilegien unserer niederen Vertragszölle für eure Waren, ohne daß wir von euch etwas dafür erhielten. Unsere Waren, die wir nach Amerika schicken, sind den allgemeinen Bestimmungen eures Tarifs unterworfen, eure Zölle sind in manchen Fällen zehnmal höher als die unseren für dieselben Güter, die ihr nach Deutschland bringt. Die Fortdauer dieses Zustandes ist unmöglich, ebensowenig können wir euch ohne Gegenleistung jene Zugeständnisse machen, die wir den europäischen Nationen auf Grund des Reziprozitätsprinzips zubilligten. Wir sind aber gern bereit, mit euch einen Vertrag einzugehen, der für uns beide zufriedenstellend ist. Es kommt uns eigentümlich vor, daß, nachdem wir Gegenseitigkeitsverträge mit anderen Ländern abgeschlossen haben, die Vereinigten Staaten als einzige Nation von uns weitere Zugeständnisse verlangen, ohne selbst irgendwelche Bereitwilligkeit zu zeigen oder auch uns Zugeständnisse zu machen.

Das war die Lage, als der Präsident in seiner Weisheit sich dann entschloß, die Angelegenheit gründlich an Ort und Stelle untersuchen zu lassen. Er sandte letzten Herbst einen Ausschuß für diesen Zweck nach Berlin. Dieser Ausschuß hatte kein Recht, für die Vereinigten Staaten irgendwelche bindenden Abmachungen zu treffen. Die Herren wurden mit größter Höflichkeit empfangen. Die Verhandlungen zwischen unserer Abordnung und der Deutschlands dauerten über zwei Monate. Als unsere Vertreter vor kurzem nach Amerika zurückkehrten, konnten sie dem Präsidenten eine genaue Darlegung des Standpunktes der deutschen Regierung mit allen Einzelheiten überreichen. Der

Bericht der Kommission

befindet sich zurzeit in den Händen des Präsidenten, der seine Ansichten darüber wahrscheinlich bald dem Lande bekanntgeben wird; wir haben allen Grund zu der Annahme, daß er die richtige Methode finden wird, unsere Beziehungen zu Deutschland in ehrenhafter und zufriedenstellender Weise fortsetzen zu können, ohne länger die Gefahr eines Zollkrieges befürchten zu müssen. Der

Reichtum und Wohlstand Deutschlands

nehmen wunderbar zu, mit geradezu überraschender Schnellig-

SLUB
Wir führen Wissen.